

Nagelbombe im Werkzeugkasten

Amtsgericht Bei einer Hausdurchsuchung fand die Polizei bei einem 30-Jährigen eine Dose mit explosivem Inhalt.

Tübingen. Im April durchsuchte die Tübinger Polizei die Wohnung eines 30-jährigen Tübingers. Sie suchte nach Drogen und fand neben etwas Gras und rund 70 Gramm Haschisch mehrere Messer, Schwerter, Armbrustpfeile, Luftdruckpistolen und – in einem Werkzeugkasten – eine funktionsfähige Nagelbombe. Das brachte den Azubi am Mittwoch vors Tübinger Amtsgericht.

Dass Menschen besondere Messer oder gar Schwerter sammeln und sich für legal erhältliche Schusswaffen interessieren, ist nicht verboten. Anders sieht das bei einer so genannten Unkonventionellen Spreng- und Brandvorrichtung, kurz: USBV, aus. Die gilt nach dem Waffengesetz als verbotener Gegenstand. Die Staatsanwaltschaft erhob also Anklage wegen eines Verstoßes gegen das Waffengesetz, dazu kam der Besitz der Betäubungsmittel.

„Ich dachte, das ist ein zu groß geratener Böller.“

Der Angeklagte zur Nagelbombe

Warum aber sollte jemand eine Nagelbombe haben wollen? Daran habe er gar kein Interesse, so der Angeklagte: Er habe nicht gewusst, dass in der zugeklebten Konservendose mit der Zündschnur echter Sprengstoff steckte, und von den Nägeln schon gar nichts gewusst. „Ich dachte, es ist ein zu groß geratener Böller.“

Die Bombe stammte aus dem Nachlass eines Freundes, der im vergangenen Dezember in Stuttgart bei einem Polizeieinsatz erschossen worden war. Der Bekannte hatte nach den damaligen Ermittlungen der Polizei in psychisch verwirrtem Zustand erst ei-

nen Unfall gebaut und anschließend Polizisten mit einem Schwert bedroht. Daraufhin schossen die Beamten, der Mann starb. Als dessen Mutter umziehen wollte, fragte sie die Freunde des Sohnes, ob sie etwas von seinen Sachen nehmen wollten. So landete die explosive Dose in der Tübinger Wohnung. Er habe auch gar nicht gewusst, dass sein Bekannter „so etwas herstellen konnte“. Das Gras und das Haschisch habe er zum Eigenkonsum mitgenommen.

Dass die Bombe durchaus gefährlich war, belegt ein Gutachten der Polizei: Die Sprengtiefe der Vorrichtung schließlich kontrolliert. Die Drogen dagegen waren von minderer Qualität, der Rauschmittelgehalt nur sehr gering.

„Bei der Sprengvorrichtung hatten sie Pech, dass es gefährlicher war, als es aussah“, stellte die Staatsanwältin fest, „beim Betäubungsmittel hatten sie Glück, dass die Qualität so schlecht war.“ Sie forderte eine Gesamtfreiheitsstrafe von acht Monaten Haft, die zur Bewährung ausgesetzt werden könne. Als Auflage solle der Mann ein Monatsgehalt zahlen. Der Verteidiger zweifelte, ob der Mann vorsätzlich einen verbotenen Gegenstand besaß: „Den Sprengstoff und die Nägel konnte man von außen nicht sehen.“ Da reiche auch eine Geldstrafe, ebenso bei dem Drogenbesitz zum Eigenkonsum.

Die Richterin entschied auf sieben Monate Haft, auf drei Jahre zur Bewährung ausgesetzt. Außerdem muss der Mann ein Monatsgehalt an die Jugend- und Drogenhilfe zahlen. „Lassen Sie die Finger von allem, was so aussieht, als sei es verboten“, gab sie dem Mann mit auf den Weg. *job*

Info Richterin: Sina Völpel; Staatsanwältin: Anja Baur; Verteidiger: Christoph Geprägs.

Querdenken-Demo „für Vernunft“

Tübingen. Querdenken 7071 Tübingen veranstaltet am Samstag, 31. Oktober, von 12 bis 15 Uhr auf der Platanenallee erneut eine Demonstration „für Vernunft und Verhältnismäßigkeit in der Corona-Politik – Wir für das Grundgesetz“. Thema diesmal: „Wir stehen auf für unsere Kinder. Für die sofortige Abschaffung der Maskenpflicht an Schulen.“ Es gibt Redebeiträge, Musik und Austauschmöglichkeiten.

Online-Schulung für Betreuer

Kreis Tübingen. Der Betreuungsverein im Kreis Tübingen sucht ehrenamtliche rechtliche Betreuer/innen. Er bietet Älteren und Menschen mit einer Behinderung oder einer psychischen Erkrankung, die nicht (mehr) in der Lage sind, sich selbst um ihre Angelegenheiten zu kümmern, Hilfe an. Die Aufgabe ist geeignet für Freiwillige, die sozial engagiert sind und Interesse an einem abwechslungsreichen Ehrenamt haben. Sie bietet sich auch an für Leute, die bereits eine rechtliche Betreuung oder eine Vollmacht übernommen haben und sich informieren möchten. Dazu bietet der Verein am Samstag, 14. November, von 9 bis 15 Uhr eine Einführungsschulung an. Wegen der aktuellen Situation findet die Schulung digital statt. Eine Anmeldung bis 11. November beim Betreuungsverein ist notwendig. Nach der Anmeldung erhalten die Teilnehmenden den Veranstaltungslink. Kontakt: 0 70 71/979 8200, Email: btv@betreuungsverein-tuebingen.de.

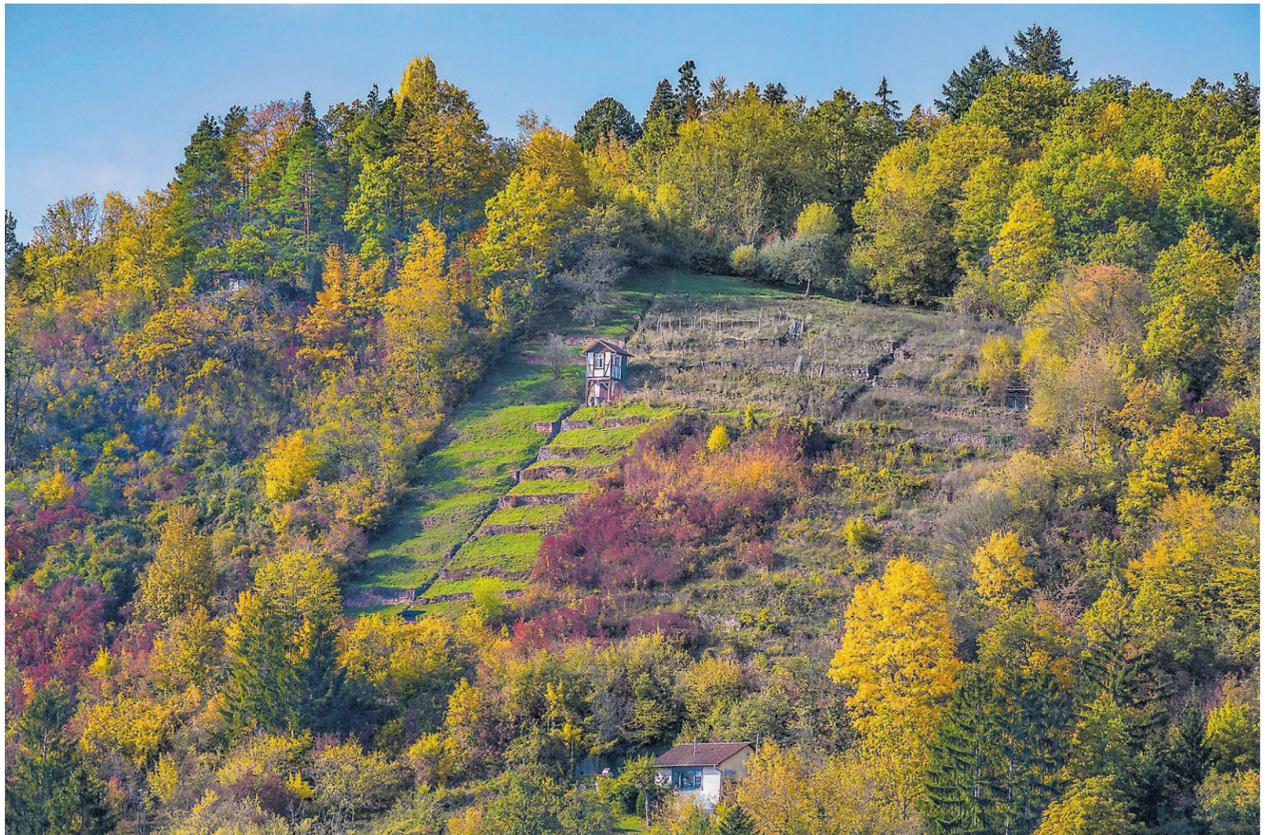
ZAHL DES TAGES

45

neue Corona-Fälle bekam das Tübinger Landratsamt am gestrigen Mittwoch gemeldet. Damit stieg die Gesamtzahl der Fälle im Kreis auf 2137. Die 7-Tages-Inzidenz für den Kreis liegt aktuell bei 119,8. Bei den neuen Fällen handelt es sich um einige Kontaktpersonen bereits bekannter Fälle und erneut um familiäre Häufungen. Bei einigen Fällen versucht das Gesundheitsamt noch, die Infektionsquelle zu ermitteln. Die Zahl der Todesfälle in Zusammenhang mit der Infektion im Kreis beträgt unverändert 61.

Extra-Termin für den Rat zum Klima

Tübingen. Der Gemeinderat bekommt mehr Zeit als zunächst geplant zum Besprechen des umfangreichen Klimaprogramms. OB Boris Palmer hat eine extra Sitzung anberaumt für Montag, 2. November, ab 17 Uhr im Ratssaal und im Livestream. In der Einladung an die Fraktionen schrieb er: „Die Aussprache im Rat hat nach meiner Wahrnehmung gezeigt, dass wir noch einen erheblichen Beratungsbedarf haben. Die meisten der 40 Anträge erfordern eine Einzeldiskussion mit Abstimmung.“ Möglicherweise seien zwischen den Fraktionen auch noch Verhandlungen erforderlich. Ziel sei eine möglichst breite Mehrheit für das Programm. Geplant ist, anhand einer Synopse der Fraktionsanträge vorläufige Empfehlungsschlüsse zu fassen.



MEHR HERBST geht fast nicht mehr.

Bild: Ulrich Metz

Vor vollendete Tatsachen gestellt

BaWü-Check Das Kultusministerium steht häufig in der Kritik. Wie haben Tübinger Schulleiter und Eltern die Arbeit von Susanne Eisenmann in der Pandemie erlebt? *Von Lorenzo Zimmer*

Schlechte Noten in der Umfrage der Zeitungen: Das Kultusministerium kommt in der Bewertung der Landesregierung zu Pandemiezeiten nicht gut weg. Auch in Tübingen mussten die Schulleiter oft tagesaktuell auf Vorgaben aus dem Ministerium reagieren, erhielten zum Teil nur sehr kurzfristig ihre Anweisungen. Eltern mussten Betreuungprobleme lösen, wenn ihre Kinder zuhause blieben. Gemeinsam mit ihren Trägern mussten die Schulen unter Zugzwang ihre digitale Infrastruktur ausbauen, Lernplattformen aus dem Boden stampfen oder vorhandene Strukturen für die bevorstehende Dauerbelastung ertüchtigen. Auch in Tübingen gibt es Unzufriedenheit mit dem Ministerium.

Andrejs Petrowski, Schulleiter des Uhland-Gymnasiums und Geschäftsführer der Tübinger Gymnasien, stellt klar: „Zusammenarbeit ist hier nicht der richtige Begriff.“ Als Schulleiter erhalte man Anweisungen aus dem Ministerium und versuche, diese umzusetzen. Im Laufe der Pandemie habe sich die Kommunikation des Ministeriums aber entscheidend verbessert. „Mittlerweile scheint das Kultusministerium an Rückmeldungen interessiert zu sein und versucht, Anregungen einzubauen oder darauf zu reagieren. Das war am Anfang nicht so“, so Petrowski.

Schwierigkeiten habe vor allem die Kurzfristigkeit der Informationen aus dem Ministerium gemacht, so Petrowski. „Zum Teil haben wir einen Tag vorher etwas bekommen und mussten es am nächsten Tag umsetzen.“ Ob das Kultusministerium dabei immer gezwungen war, auf Sicht zu fahren, oder ob manches auch vorausschauender planbar gewesen wäre, lasse sich von der Ferne „schwer einschätzen“, so Petrowski. „Auch die mittleren Behörden wie das hiesige Regierungspräsidium hätten früher mitgenommen werden müssen. Sie wussten oft nicht mehr als wir in den Schulen vor Ort.“

Positiv ist für Petrowski, dass konkrete Erfahrungen aus dem schulischen Alltag mittlerweile Eingang in die Überlegungen der Kultusministerin Susanne Eisenmann und ihres Stabs aus Entscheidungsträgern findet: „Die Verordnung zur Pandemiestufe 3 hatte vorgesehen, dass die Schüler von der ersten bis zur letzten Minute dauernd Masken tragen“, so der Rektor. Eine Zumutung, wie er findet: „Jetzt wurde reagiert, jetzt dürfen sie den Abstand einhaltend in den Pausen abgesetzt werden.“

Die Lösungen für andere Probleme jedoch seien bis in das Heute hinein verschleppt worden, kritisiert Petrowski. „Die digitale Unterstützung, das Einrichten von Bildungsplattformen und Softwarelösungen lief spürbar schleppend.“ Mittlerweile sei „Bewegung drin“, aber das habe zu lange gedauert. Andere Bundesländer seien da schon etwas weiter, mahnt Petrowski: „Bayern hat schnell einen Vertrag mit Microsoft ausgehandelt, hier schleppt sich das so dahin.“

Auf die jetzige Situation blickt der Schulleiter dennoch einigermaßen zuversichtlich: „Wir haben vor den Herbstferien eine Light-Version von dem erlebt, was noch kommen könnte.“ Weiterhin sei mit einzelnen Schülern und Klassen in Quarantäne und täglich neuen Herausforderungen zu rechnen. „Ich habe mit einer ge-

wissen Erleichterung vernommen, dass die Schulschließungen nicht die erste Wahl der Maßnahmen sein werden. Das finde ich richtig und gut.“

Insgesamt sei die Kommunikationspolitik des Kultusministeriums „ziemlich direktiv“, fasst Petrowski zusammen. Immer wieder entstehe der Eindruck, so berichten auch Schulleiter, die anonym bleiben wollen, dem TAGBLATT, dass Behörden übergangen werden und nicht ausreichend über die nächsten Schritte informiert werden. Einer sagt: „Das Regierungspräsidium hatte keinen Informationsvorsprung und konnte sich erst hinter die Umsetzung von Dingen klemmen, wenn es von uns gehört hatte, was überhaupt Sache ist.“ Aus Sicht vieler Beteiligter „ein Unding“.

„Zusammenarbeit ist hier nicht der richtige Begriff.“

Andrejs Petrowski, Schulleiter

Ähnliches berichtet Claus Sieghörtner, Schulleiter der Grundschule im Aischbach, über seine Dienstaufsicht: „Auch beim Staatlichen Schulamt hatte man den Eindruck, dass es übergangen wurde.“ Oft konnte es die Schulleiter nicht unterstützen, „weil es selbst nur kurzfristig informiert wurde“, berichtet Sieghörtner: „Es wollte uns unterstützen, aber konnte nicht.“

Als Leiter einer Grundschule brennt Sieghörtner zudem der Fernunterricht unter den Nägeln – er ist mit jüngeren Kindern schwieriger umzusetzen: „Deswegen war es gut, dass wir zumindest mit den Viertklässlern schnell in den Präsenzunterricht zurückkehren konnten.“ Im Falle eines zweiten Lockdowns sei vieles noch immer unklar, klagt Sieghörtner. „Es gibt einen zehnteiligen Brief, der sagt, wie der Fernunterricht aussehen soll.“ Dessen Vorgaben seien nicht ausreichend mit Details unterfüttert und größtenteils „nicht umsetzbar“. Sieghörtner: „Ohne weitere Fortbildungen wird vieles nicht klappen.“ Zudem sieht der Schulleiter die Unterrichtsversorgung gefährdet. „Gerade an den Grundschulen mussten wir vor der Pandemie oft kreative Lösungen finden und Klassen zusammenlegen,

wenn jemand krank wurde. Das geht jetzt nicht mehr.“ Alleine die Ausfälle zu kompensieren, binde viele Planungsressourcen.

Die Tübinger Elternschaft ist mit dem Vorgehen des Kultusministeriums auch eher unzufrieden. Carolin Petry, Vorsitzende des hiesigen Gesamtelternbeirats (GEB) der Schulen, sagt dem TAGBLATT: „Bei den Eltern gab es immer wieder viele Fragezeichen.“ Immer wieder hätten Eltern erlebt, wie schnell in den Betrieben Lösungen gefunden und umgesetzt wurden. „Und haben sich dann gewundert, wie lange das Kultusministerium dafür braucht.“

Fragen wie „Wer ist da wohl zuständig und wer macht eigentlich die Konzepte“ habe man sich immer wieder gestellt. Der GEB hätte sich eine stärkere Autonomie der Schulen gewünscht, damit Lösungen vor Ort gefunden werden können. Petry: „Das hätten wir unseren Schulen zugetraut.“ Zudem hätten sich die Eltern vom Kultusministerium landesweit Szenarien gewünscht, mit denen man rechtzeitig auf steigende oder sinkende Zahlen hätte reagieren können.

Das Wechselmodell der Klassen vor den Sommerferien sei gut gewesen, lobt die GEB-Vorsitzende: „Dadurch waren die Gruppen kleiner, und das Versäumte konnte besser nachgeholt werden.“ Bei der Digitalisierung hingegen habe vieles nicht gut geklappt. „Man hat sich schon vor der Pandemie gefragt, warum das so lange dauert und warum Deutschland so ins Hintertreffen geraten ist.“ Hier sei noch viel Arbeit zu leisten.

Insgesamt sei es „ernüchternd“ gewesen, dass Eltern so wenig in die Kommunikation eingebunden waren: „Eltern hatten ihre Kinder zuhause und haben sich Sorgen gemacht über die Bildung und die fehlenden sozialen Kontakte, und im Kultusministerium wurde irgendetwas entschieden, ohne die Eltern zumindest anzuhören“, so Petry vom GEB. „Es gab keinen Krisenstab aus Virologen, Pädagogen, IT-Experten und Eltern. Wir hätten gerne mit darüber beraten, was man bei der Bewältigung der Krise alles bedenken muss.“ Gründe dafür seien offenkundig: „Kinder und ihre Eltern haben einfach keine Lobby.“

Siehe Titelseite und Südwestumschau